

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pabn d



Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, analysiert die deutsch-deutschen Beziehungen: Breite Dialogfähigkeit.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, konfrontiert das "Optimismus"-Gerede der Bundesregierung mit der von ihr verursachten sozialen Not im Ruhrgebiet: Etikettenschwindel.

Seite 4

Dr. Fritz Gautier MdEP, Mitglied des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung, wirft der Bundesregierung vor, ihre Freibetrags-Zusagen für die Käufer schadstoffarmer Autos nicht einzuhalten: Verbraucher irreführt.

Seite 6

Joachim Poß MdB setzt sich mit Herrn Möllemann als Direktions-Assistenten auseinander: Viel Geld, wenig Arbeit.

Seite 7.

40. Jahrgang / 65

3. April 1985

Deutsch-deutsche Beziehungen in den 80er Jahren

Dialogfähig ist prinzipiell alles, was dringlich, wichtig und machbar ist

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wer sich im Frühjahr 1985 zum Stand und zu den Entwicklungsmöglichkeiten deutsch-deutscher Beziehungen äußert, muß nicht bei Null beginnen. Es liegen Erfahrungen und Erkenntnisse aus Verhandlungen und Gesprächen aus über einem Jahrzehnt vor, die bei künftigen Überlegungen und Vorschlägen zu berücksichtigen sind.

Was sind nun die wichtigsten Erfahrungen und Erkenntnisse deutsch-deutscher Politik? Es sind im wesentlichen deren fünf:

1. Zunächst und vor allem gilt es, sich der vereinbarten Grundlagen und des vereinbarten Ziels deutsch-deutschen Bemühens zu vergewissern. Die vereinbarte Geschäftsgrundlage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag mit seinen Anhängen sowie die Werbellin-Erklärung, die von Helmut Schmidt und Erich Honecker 1981 unterzeichnet wurde. Das vereinbarte Ziel deutsch-deutscher Bemühungen findet sich in Artikel 1 des Grundlagenvertrages: Danach entwickeln die beiden deutschen Staaten "normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung". Wir wissen, unser Verständnis von normalen gutnachbarlichen Beziehungen stimmt mit den Realitäten im deutsch-deutschen Verhältnis noch nicht überein. Es ist viel erreicht worden in der Vertragspolitik in den letzten Jahren, doch sind wir vom Erreichbaren und damit vom Normalen noch weit entfernt.
2. Das zweite Erfolgskriterium ist die Verantwortlichkeit beider deutscher Staaten bei grenzüberschreitenden



Sachverhalten. Dazu gehört natürlich der Umweltschutz, aber auch das, was die DDR unter "Grenzregime" versteht.

3. geht es um die Berechenbarkeit beider. Dies verlangt rechtzeitige Konsultationen des anderen vor Entscheidungen, die den jeweils anderen betreffen.
4. Friedfertigkeit. Darunter ist selbstverständlich die Lösung aller strittigen Probleme auf dem Wege von Gesprächen und Verhandlungen zu verstehen. Allerdings schließt Friedfertigkeit auch den Abbau von Feindbildern ein. Und nicht zuletzt geht es um den Grundsatz:
5. Keiner darf den anderen überfordern.

Wenn diese fünf Erfolgskriterien gemeinsames Erfahrungsfundament in den deutsch-deutschen Beziehungen werden, kann man sich den konkreten Aufgaben widmen. Wo ist der dringlichste Handlungsbedarf?

1. Dringenden Handlungsbedarf gibt es im Bereich der Friedenssicherung und Entspannung durch Abrüstung.
2. Dringlich ist jedoch auch der Bereich, der mit der Überschrift versehen ist: "Weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten", und zwar gemäß Artikel 1 des Grundlagenvertrages. Hier gilt der Grundsatz, daß Friedenssicherung und Entspannung auch unmittelbar erfahrbar sein müssen, das heißt die Menschen in unseren beiden Staaten müssen Fortschritte in der Normalisierungs- und Entspannungspolitik spüren.

Zwischen diesen beiden Handlungsbereichen gibt es mehrschichtige Zusammenhänge und Abstufungen. Beides ist notwendig und beides sollte in den künftigen Verhandlungen und Gesprächen gleichgewichtig als Problemaufgabe gesehen werden. Weil gegen eine solche Maxime verstoßen wurde und auch noch wird, gibt es, so meine These, seit Herbst 1984 den Eindruck, als bewegte sich nicht sehr viel zwischen den beiden deutschen Staaten.

Wie zeigen sich nun die deutsch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der DDR im Frühjahr 1985?

1. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik seien besser als vor einem Jahr.
2. Es gebe heute bessere Voraussetzungen für die Fortsetzung der "Politik des Dialogs" sowohl im Ost-West-Verhältnis wie in den deutsch-deutschen Beziehungen. Als Stichworte werden genannt: die Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag zur Lage der Nation mit seiner Aussage zur Grenzfrage, der Wechsel im Kreml, der als Ermutigung zur Politik des Dialogs verstanden wird, die offenbar fruchtbare Begegnung zwischen Kohl und Honecker in Moskau. Der Beginn der neuen amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf wird als eine günstige Voraussetzung für ergebnisorientierte Verhandlungen gewertet, sowohl zwischen Ost und West auf der KVAE in Stockholm wie zwischen den beiden deutschen Staaten, wenn gleich Hoffnung und Skepsis sich hier noch die Waage halten.



3. Die DDR vermißt eine klare Stellungnahme der Bundesregierung gegen die amerikanischen Weltraumpläne. Der Beschluß des SPD-Parteipräsidiums zu SDI wird positiv aufgenommen. Allerdings drohten von den Genfer Verhandlungen auch neue Belastungen in den Ost-West-Beziehungen. Sollten sich die USA weigern, ihre Weltraumpläne verhandlungsfähig zu machen, so müßte dies zu einer Sackgassensituation in Genf führen, was nicht ohne Folgen für die deutsch-deutschen Beziehungen bleiben müßte.
4. Es komme nun darauf an, die verbesserten Rahmenbedingungen zwischen Ost und West auch deutsch-deutsch zu nutzen. Beide deutsche Regierungen müßten eine Tagesordnung der 80er Jahre finden, wobei beide Seiten ihre jeweiligen Interessen und Ziele einbringen, um dann gemeinsam eine Hierarchie der Wichtigkeit und Dringlichkeit bei der Problemlösung zu finden.
5. Als dringlich und wichtig wird der Bereich der Friedenssicherung und Entspannung genannt. Hier gebe es ein weites Feld und gemeinsame Ansatzpunkte, nicht nur zwischen den Parteien SPD und SED, sondern auch zwischen den beiden Regierungen in Bonn und Ost-Berlin.

Als offenbar sehr wichtig werden die wirtschaftlichen Beziehungen gesehen, insbesondere in ihrer politischen Bedeutung. Es gelte, die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren und zu verbreitern und dabei auch neue Formen wie Drittstaatenkooperation, Joint Ventures unter anderem anzuwenden.

6. Voraussetzung für Fortschritte in der "klassischen" Deutschlandpolitik (Reiseverkehr, Freizügigkeit, verbesserter Zugang zu Informationen unter anderem) seien Fortschritte bei den Ergebnissen im Bereich der Friedenssicherung und bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen.
7. Als positiv werden die Gespräche des Bundeskanzlers in Moskau herausgestellt. So habe das Gespräch zwischen Honecker und Kohl gezeigt, daß gute Voraussetzungen dafür bestehen, die Beziehungen auf allen Ebenen zu entwickeln. Allerdings wäre auch deutlich geworden, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auch einen Beitrag zum Frieden in Europa zu leisten hätten.
8. In der leidigen Staatsbürgerschaftsfrage (eine der vier Geraer Forderungen von Erich Honecker von 1980) wird auf die Klarstellung der DDR im "NEUEN DEUTSCHLAND" vom 30. Januar 1985 verwiesen. Es hätte sich gezeigt, daß die Debatte bei uns über die Unterscheidung zwischen Respektierung und Anerkennung sich im nachhinein als wenig hilfreich erwiesen hätte. Man hätte den Eindruck, daß Bonn mit der Respektierungsformel die These von den besonderen Beziehungen stabilisieren wolle. Dabei komme Bonn langfristig nicht daran vorbei, eine DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen, ohne Wenn und Aber. Es wird nun weiterer Gespräche bedürfen, um herauszufinden, wie die DDR sich die weitere Diskussion vorstellt.

Wer sich häufiger mit DDR-Wissenschaftlern, DDR-Politikern sowie DDR-Diplomaten unterhält, wird erkennen, daß die DDR ihre Bereitschaft zur Politik des umfassenden Dialogs ernst meint. Dialogfähig ist in den deutsch-deutschen Beziehungen prinzipiell alles, was dringlich, wichtig und machbar ist. Dies ist ein weites Feld!

(-/3.4.1985/rs/ks)

+ + +



Etikettenschwindel

Die soziale Lage im Ruhrgebiet entlarvt das "Optimismus"-Gerede
der Bundesregierung als Phrase

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Das permanente Verbreiten von Optimismus und Zuversicht, das als Markenzeichen von dieser Bundesregierung gewählt wurde, ist nichts als Etikettenschwindel. Auch die warnenden Stimmen der Opposition als Mißmacherei zu diffamieren, ist bestenfalls unter der Überschrift "Angriff ist die beste Verteidigung" abzuhaken.

Einer ganzen Region, und zwar dem Ruhrgebiet, ist der geforderte Optimismus und das erwartete Demonstrieren von Lebensfreude inzwischen gründlich vergangen. In den Städten Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Herne sind die Zahlen der Sozialhilfeempfänger ebenso wie die der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger gegenüber dem Jahr 1982 dramatisch angestiegen: Mit Stand vom 15. August 1984 ergibt sich damit folgendes Bild:

	Empfänger von Hilfe zum Lebens- unterhalt	Veränderung zu 1982 %	davon arbeitslo- se Sozial- hilfe- empfänger %	Veränderung zu 1982 %	davon Bezieher von Ar- beitslo- senhilfe %	ohne AFG-Ansprüche %
Bochum	14.821	+ 12,09	23			
Dortmund	25.230	+ 5,21	30	+ 51,16	56	44
Duisburg	14.000	+ 19,92	25	+ 70,81	52	48
Essen	15.333	+ 10	26	+ 46,1	23	62
Gelsenkirchen	9.478	+ 5,69	28	+ 49,52	50	50
Herne	8.435	+ 11,28	17	+ 62,35	44	56

Und die Tendenz ist steigend. Da wirkt es schon als glatte Provokation, wenn die Bundesregierung den Städten anrät, sie mögen investieren, um so zu dem von ihr



versprochenen Aufschwung tatkräftig beizutragen. Dabei dürfte der Rechts-Koalition bekannt sein, daß Städte und Kommunen schon bis an die Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten gegangen sind, um Not und Elend nicht noch größer werden zu lassen.

Aber so blauäugig sollte heute keiner mehr sein, zu glauben, daß der oben genannte Ratschlag von der Bundesregierung ohne Hintergedanken erfolgt wäre. Da nämlich aufgrund der finanziellen Lage der Städte und Gemeinden nicht damit zu rechnen ist, daß die geforderten Investitionen vorgenommen werden, wird die Bundesregierung als nächsten Schritt hierin die Ursache der alarmierenden Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Folgen sehen. Die Zielsetzung ist klar: Ablenken von der eigenen Weigerung durch entsprechende Programme, die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu entschärfen, Ablenken von der Tatsache, daß die vorgelegten Programme der SPD-Bundestagsfraktion immer wieder abgelehnt wurden. Ablenken von der Verantwortung, die die Rechts-Koalition bei Regierungsantritt für die gesamte deutsche Bevölkerung übernommen hat.

Das Ruhrgebiet hat in entscheidendem Maße dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege wirtschaftlich wieder auf die Füße gekommen ist. Wenn die Rechts-Koalition glaubt, sie könnte heute diese Tatsache ignorieren und sich mit Nichtstun und durchsichtiger Taktik aus der Verantwortung für eine ganze Region stellen, wird sie in absehbarer Zeit die Quittung dafür erhalten.

(-/3.4.1985/rs/ks)

+ + +



Üble Irreführung der Verbraucher

Die Freibeträge für schadstoffarme Autos sind wesentlich geringer als angekündigt

Von Dr. Fritz Gautier MdEP

Mitglied des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung

Hinter den dünnen Worten einer Agentur-Meldung verbirgt sich der größte politische Skandal des Jahres. Es ist zu lesen:

"EG-Kommission stimmt deutschen Kfz-Steuerplänen zu

Bonn/Brüssel - Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat den Plänen der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung schadstoffarmer Autos am Dienstag zugestimmt. Danach können die Kfz-Steuererleichterungen ab 1. Juli dieses Jahres gewährt werden. Wie aus Kreisen der Bundesregierung zu erfahren war, können Autofahrer die höchste Steuerersparnis von 2.200 Mark für Fahrzeuge ab 1,4 Liter und von 750 Mark für Pkw unter 1,4 Liter erreichen, wenn die Autos vor dem 1. Januar 1987 als 'schadstoffarm' anerkannt werden."

In einer Broschüre des Bundespresse- und Informationsamtes "Was Autofahrer jetzt wissen wollen - Aktuelle Kurzinformation"

o mit Tabelle zur Steuerentlastung für schadstoffarme Pkw

o mit den neuen Regelungen für Altwagen, Umrüstung und so weiter wurden unter der immer wiederkehrenden Verwendung der Formel "Diese Regelung gilt..." noch ganz andere Freibeträge versprochen. Zum Beispiel: zehn Jahre Steuerbefreiung für schadstoffarme Autos bis 1.400 Kubikzentimeter Hubraum, die vor 1987 erworben werden, neun Jahre und vier Monate für solche Pkw über 1.400 bis 1.500 Kubik und so weiter bis für Fahrzeuge über 4.500 Kubik mit immerhin noch zweijähriger Steuerbefreiung.

Fraglos handelt es sich bei dieser Veröffentlichung um eine üble Irreführung der Verbraucher, die diese als Steuerzahler auch noch mit 300.000 DM selbst bezahlt haben. Daran ändern auch formale "Notanker" nichts wie der Satz "Dieses Konzept tritt in Kraft, sobald die gesetzlichen Verfahren abgeschlossen sind", denn es finden sich in diesem Boenisch-Machwerk ja auch Non-sens-Sätze wie "Die Steuerbefreiung für Pkw mit Ottomotor endet bei Beginn der Steuerbefreiung".

Mindestens 5.000 Autofahrer haben laut Mitteilung des Kraftfahrtbundesamtes solche Autos gekauft, die den in der Broschüre gepriesenen Bestimmungen entsprechen. Mindestens die gleiche Zahl dürfte sich im Vertrauen auf die ungewöhnlich detaillierte Darstellung der "Regelung" einen neuen Wagen bestellt haben.

Diese Mitbürger müssen den vollen Vertrauensschutz genießen. Es kann nicht angehen, daß sich die Bundesregierung nun von ihrer in Massenaufgabe vertriebenen Verlautbarung distanziert. Ich empfehle allen Betroffenen, die in der Broschüre aufgelisteten Steuerbefreiungen bei ihrem Finanzamt geltend zu machen. Sollten - was zu erwarten ist - die Anträge zurückgewiesen werden, steht jedem der Zugang zum Verwaltungsgericht oder den Finanzgerichten offen.

Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung diese Verfahren verliert. Sie ist gut beraten, wenn sie von sich aus einlenkt und dem relativ kleinen Personenkreis ohne viel Aufheben die Steuerbefreiung - wie versprochen - gewährt. Sonst wird der Fall noch teurer: Zu den 300.000 DM, die Herr Boenisch zur Desinformation mißbraucht hat, käme eine Welle von Prozessen, die die Gerichte unnötig blockierten. Von der EG-Kommission in Brüssel ist zu erwarten, daß sie nichts gegen diese Maßnahmen zur Wahrung des Vertrauensschutzes unternehmen wird. Der begünstigte Personenkreis ist relativ klein. Und außerdem ist man in Brüssel ganz andere Bonner Sünden gewohnt. (-/3.4.1985/rs/ks)

+ + +



Wann eigentlich geht Möllemann?

Anmerkungen zum teuersten Auszubildenden der Nation und zur politischen Moral der FDP

Von Joachim Poß MdB

Manfred Nemitz, ehemaliger Flick-Manager, ließ sich durch Zwischenruf und Fragen nach der Tätigkeit Möllemanns in seiner Firma PCV nicht aus der Ruhe bringen. Nemitz erklärte den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses im Plauderton: "Herr Möllemann ist vor einigen Jahren bei mir ein Jahr Direktionsassistent gewesen und wollte was lernen über Wirtschaft. Ich hoffe, daß er ein bißchen was gelernt hat. Kann ich aber nicht beurteilen. Der sollte sich um Kohle-Geschichten kümmern und hat eine Steuerkarte abgegeben, war aber nur zweimal in der Woche da, manchmal 14 Tage nicht, weil in dem Vertrag ja ausdrücklich vorgesehen war, daß er für seine Bundestagsarbeit freigestellt wird. Er hatte keine Präsenzpflicht in der Firma."

Weitere Notiz hat man öffentlich von dieser Aussage nicht mehr genommen. Es war ja bekannt, daß Möllemann in der Zeit vom 2. Januar 1978 bis 31. Januar 1979 DM 60.000,-- von PCV kassiert und darüber hinaus einen Dienstwagen und übliche Spesen als Ausstattung erhielt, um "die Interessen der Gesellschaft nach draußen zu vertreten". Nur die Begründung war neu, daß es sich nämlich hier faktisch um einen Ausbildungsvertrag gehandelt hat. Nach dieser Aussage von Nemitz kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, daß Jürgen Möllemann der teuerste Auszubildende der Nation ist. Er stellt sozusagen einen "Ausbund des Sozialstaates" dar.

Nun ist man von Möllemann einiges gewohnt; wie sein Intimfreund FJS ist er gegenüber Affären weitgehend immunisiert, es regt sich niemand mehr auf.

Im übrigen macht das Verhalten von Herrn Möllemann auch Sinn, wenn man an die "programmatischen Aussagen" seines Nachfolgers als Spitzenkandidat der NRW-FDP, Rhode, denkt. Wie sagte doch Achim Rhode, ein ehemaliger Beamter, der Sprüche klopft wie der Vertreter einer bekannten Waschmittelfirma, kürzlich: "Lieber Kies in der Tasche, als Sand im Getriebe." Leistung muß sich wieder lohnen, man muß wieder anständig sein Geld verdienen dürfen. Schließlich ist ja - nach Martin Bangemann - die soziale Symmetrie inzwischen vollständig hergestellt. Wer anders denkt, ist neidisch.

Das politisch-moralische gewendete Sittengemälde rundet sich ab. Kerle, die sich die Ausbildungsvergütung derart hart erarbeiten wie Möllemann, sind gefragt. Die Anspruchsmoralität dieser raffgierigen Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Auszubildenden und Sozialhilfeempfänger muß zurückgedrängt werden. Und schließlich: Zahlt sich diese "Perversion des Denkens" und ihre konkreten Früchtchen à la Möllemann nicht auch noch aus? Goutieren nicht - nimmt man die Wahlergebnisse von Berlin und des Saarlandes zum Maßstab - nicht der deutsche Handwerksmann und sonstige aufrechte Selbständige diese Gesinnung vom Geldverdienen?

War sonst noch was mit Möllemann? Die kleinen Beträge für das "Liberales Forum", den "Club für europäische Wirtschaftspolitik" oder die "Gesellschaft für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa e.V." sind wohl nicht weiter erwähnenswert. Gab es nicht auch noch andere Vorwürfe von Verquickung?

Möllemann ist immer noch FDP-Landesvorsitzender und Staatsminister. Da er ein Kind der Medien war und zur Zeit nicht mehr stattfindet, hat man ihn wohl vergessen, eine neue Form der Lösung von Politikerschicksalen.

Wann eigentlich geht Jürgen W. Möllemann - Geht Möllemann eigentlich?
(-/3.4.1985/rs/ks)

+ + +

